

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

167. Sitzung

Berlin, Freitag, den 18. März 2005

Inhalt:

Ich rufe die Zusatzpunkte 5 a und 5 b auf:

- a) Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Zweiten Gesetzes zur Neuordnung des Gentechnikrechts**

– Drucksache 15/4834 –

(Erste Beratung 158. Sitzung)

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

– Drucksache 15/5133 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Elvira Drobinski-Weiß
Helmut Heiderich
Ulrike Höfken
Dr. Christel Happach-Kasan

- b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Helmut Heiderich, Peter H. Carstensen (Nordstrand), Marlene Mortler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

Gentechnikgesetz wettbewerbsfähig vervollständigen

– Drucksachen 15/4828, 15/5134 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Elvira Drobinski-Weiß
Helmut Heiderich
Ulrike Höfken
Dr. Christel Happach-Kasan

Zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen liegen vier Änderungsanträge der Fraktion der FDP vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erster Rednerin der Kollegin Elvira Drobinski-Weiß von der SPD-Fraktion das Wort.

Elvira Drobinski-Weiß (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir schließen heute die Beratungen über den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Neuordnung des Gentechnikrechts der Fraktionen der SPD und der Grünen ab. Damit machen wir den Weg für die notwendige Umsetzung des EU-Gentechnikrechts frei.

Mit unserem Gesetz werden gentechnische Arbeiten erleichtert und die Verfahren beschleunigt; zudem wird die Sicherheit solcher Arbeiten gewährleistet. Ich nenne einige Punkte:

Für erste gentechnische Arbeiten in der Sicherheitsstufe 1 und weitere gentechnische Arbeiten in der Sicherheitsstufe 2 ist statt einer Anmeldung nur noch eine **Anzeige der gentechnischen Arbeit** vorgesehen. Damit kann der Betreiber sofort nach Eingang der Anzeige bei der Behörde mit den gentechnischen Arbeiten beginnen und nicht wie bisher erst 30 Tage nach Eingang der Anmeldung bei der Behörde.

Bestimmte Mikroorganismen können aus dem Anwendungsbereich des Gentechnikgesetzes herausgenommen werden, ohne dass für den Umgang mit solchen Organismen eine **Melde- und Registerführungspflicht** besteht. Das ist auch ein Beitrag zur Entbürokratisierung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Abgabe solcher Mikroorganismen, die aus dem Geltungsbereich des Gentechnikgesetzes herausgenommen worden sind, an Labors unterliegt zukünftig den Überwachungsmechanismen, die allgemein für Laborarbeiten gelten. Das entspricht einer Forderung des Bundesrates.

Wir haben im Laufe der Beratungen mehrere Forderungen des Bundesrates und der Wirtschaft aufgenommen. Die Verfahrenserleichterungen, Beschleunigungs- und Entbürokratisierungseffekte sind in der Anhörung zu unserem Gesetzentwurf von den Industrievertretern ausdrücklich begrüßt worden.

Damit es keinerlei Grund mehr gibt, das Gesetz im Bundesrat zu blockieren, sind wir den Forderungen des Bundesrates auch mit einer **Änderung zum Standortregister** entgegengekommen, die nicht allen von uns leicht gefallen ist. Aber um mit einem zügigen Inkraft-Treten des Gesetzes endlich unsere EU-rechtliche Verpflichtung zur Umsetzung der Richtlinie zu erfüllen, haben wir eine Registerregelung gefunden, mit der den Bedenken der Länder entsprochen wird, ohne dass den berechtigten Interessierten der Zugang zu Informationen unzumutbar erschwert wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Danach sind im öffentlichen Teil des Registers die Gemeinde und die Gemarkung der Freisetzung oder des Anbaus sowie die Flächengröße einsehbar. Zum nicht öffentlichen Teil, der genaue Angaben zum Grundstück und die personenbezogenen Daten enthält, haben nur die zuständigen Landesbehörden Zugang. Sie überprüfen unverzüglich, ob beim Anfragenden ein berechtigtes Interesse an diesen Informationen besteht.

Mit unserem Gesamtpaket Gentechnikgesetz schaffen wir zum einen Rechtssicherheit mit Erleichterungen für die Forschung und die Wirtschaft. Zum anderen gewährleisten wir die Wahlfreiheit für die Verbraucher und den landwirtschaftlichen Bereich.

(Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: Wieso?)

Die Regelungen ermöglichen den Anbau von GVO, schützen aber gleichzeitig den Fortbestand einer gentechnikfreien Landwirtschaft.

Wir haben gerechte **Haftungsregelungen nach dem Verursacherprinzip**, um die uns die Bauern in anderen EU-Ländern beneiden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich sage das, weil aus den Reihen der Opposition dazu derzeit wieder viel Unsinn zu hören ist. Die Haftungsregelung basiert auf dem allgemeinen Prinzip des BGB-Nachbarrechts und ist keineswegs eine Neuerung, sondern lediglich eine Präzisierung. Wenn sich in Ergänzung dazu Lösungen ergeben, zum Beispiel Versicherungen oder eine Einigung zwischen beteiligten Firmen und GVO-Anbauern

auf die Finanzierung eines Fonds, dann ist das schön. Ein Fonds mit staatlicher Beteiligung aber kommt nicht infrage: Gewinne privatisieren, Verluste verallgemeinern – dabei machen wir nicht mit: Wir haben gute und gerechte Regelungen; daran gibt es nichts zu rütteln.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir haben ein erstes Gentechnikgesetz, welches die Koexistenz verschiedener Anbauformen ermöglicht, und wollen jetzt ein zweites Gentechnikgesetz verabschieden, das aufgrund der Entbürokratisierungsmaßnahmen, Vereinfachungen und Verfahrenserleichterungen für gentechnische Arbeiten von Industrievertretern begrüßt wird

(Helmut Heiderich [CDU/CSU]: Von wem denn?)

und einen vernünftigen Rechtsrahmen darstellt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Ball liegt nun beim Bundesrat. Sehr geehrte Damen und Herren von der CDU, ich hoffe, Sie machen Ihren Länderkollegen klar, dass es keine sachlichen und fachlichen Gründe gibt, dieses Gesetz zu blockieren.

(Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: Jede Menge!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Kommen Sie bitte zum Schluss, Frau Kollegin.

Elvira Drobinski-Weiß (SPD):

Das tue ich. – Deshalb erwarten wir nun, dass das Gesetz im Bundesrat zügig behandelt wird und bald in Kraft treten kann. Daran wird sich zeigen, wie Ernst es der Opposition mit den Innovationen und der Wettbewerbsfähigkeit ist. Ein erstes Zeichen könnten Sie setzen, indem Sie für unser Gesetz stimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Helmut Heiderich von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Helmut Heiderich (CDU/CSU):

Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Das Künst-Gentechnikgesetz bleibt auch nach der zweiten Änderung ein Gentechnikverhinderungsgesetz. Einem solchen werden wir ganz sicher nicht zustimmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

An diesem Tatbestand ändern auch einige kleine Trippelschritte nichts, die Sie nun auf uns zugegangen sind. Es handelt sich im Übrigen um einige bürokratische Erleichterungen, die wir schon vor drei Jahren vorgeschlagen hatten und die Sie damals als Risiko für die Öffentlichkeit bezeichnet und abgelehnt haben. Da Sie drei Jahre gebraucht haben, um auf diesen Stand zu kommen, haben Sie nun nicht das geringste Recht, zeitlich Druck auf den Bundesrat auszuüben. Das sollten Sie sich lieber sparen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Nach wie vor haben Wissenschaft und Forschung, haben Unternehmen und Arbeitsplätze keine ausreichende Chance, solange die Künast-Ideologie die Regeln der Gentechnik in Deutschland bestimmt. Allerdings hat sich inzwischen die politische Stimmungslage insbesondere im Regierungslager – das ist ein Zeichen der Hoffnung; ich erinnere nur an Herrn Clement und Frau Bulmahn – verändert. Die **Verhinderung von Forschungsprojekten**, und das ausgerechnet im Bereich der Sicherheitsforschung, durch ein von der Ministerin persönlich ausgesprochenes Forschungsverbot hat wohl vielen gezeigt, dass es so nicht mehr weitergehen kann.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Verehrte Kollegen von der SPD, ebenso eindeutig hat das BMBF zur Künast-Forschungsblockade Position bezogen. Ein solcher Vorgang sei bisher so nicht aufgetreten, erläuterte Staatssekretär Catenhusen im Forschungsausschuss am Mittwoch. Es wurde ganz eindeutig gesagt, das BMBF teile die Auffassung des BMVEL nicht. Ich kann dazu nur sagen: Gott sei Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dabei wurde inzwischen ebenfalls öffentlich bekannt, dass Frau Künast nicht nur zwei, sondern insgesamt vier Forschungsprojekte verboten hat, obwohl diese bereits vom Forschungsministerium als wissenschaftlich exzellent beurteilt worden waren und finanziert wurden.

(René Röspel [SPD]: Dazu hätten Sie letzte Woche etwas sagen sollen! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Ich verstehe, dass Sie dabei etwas unruhig werden; denn Sie merken, dass hier die Wissenschaft und ihre Freiheit von Frau Künast attackiert und eingeschränkt werden. Sie sind zu Recht unruhig. An Ihrer Stelle wäre ich das ebenfalls.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Ausrede aus dem Künast-Ministerium, hier handle es sich um Produktentwicklung, ist ebenso durchsichtig wie sachlich falsch.

(René Röspel [SPD]: Das hatten wir doch letzte Woche in der Aktuellen Stunde!)

Es geht eindeutig um **Grundlagenforschung**, um Methodenentwicklung und nicht um Produkte. Dies sehen übrigens SPD-Kollegen im Forschungsausschuss genauso. Ich erinnere daran, dass dies nicht der erste Fall ist. Schon im letzten Jahr hat Frau Künast in Pillnitz und Quedlinburg eingegriffen. Damals hat die Presse geschrieben, das sei staatlich veräppelte Forschung. Außerdem ist inzwischen aus der Presse bekannt geworden, dass Frau Künast fünf ihrer Forschungsinstitute von vornherein jede Antragstellung im Bereich der Gentechnik untersagt hat, damit erst gar nichts auf den Tisch des Hauses kommt, was sie nachher wieder verbieten muss.

Ich kann verstehen, wenn es Frau Künast etwas warm wird. Denn der Vorsitzende der IG BCE, Herr Schmoldt, hat vorgestern gegenüber dem „Handelsblatt“ gesagt:

Es drängt sich der Eindruck auf, als habe Frau Künast Angst davor, die Forschung könne ihr ein Argument gegen die Gentechnik aus der Hand schlagen.

Hört! Hört!

(Gustav Herzog [SPD]: Das ist eine vernünftige Folge Ihrer Argumentation!)

Herr Schmoldt führt weiter ganz klar aus:

Eine solche ideologische Blockade können sich nur Leute leisten, die keine Angst haben müssen, jemals Hunger zu haben. Diese Blockade muss aufgebrochen werden.

Damit hat Herr Schmoldt Recht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Elvira Drobinski-Weiß [SPD]: Sie haben nicht zugehört!)

Wenn sich wie gestern der Bundeskanzler persönlich – abweichend von seinem Redemanuskript – der **Grünen Gentechnik** ausführlich zuwendet, hat dies einen Grund. Er spürt inzwischen ebenfalls, dass seine Forderung, die Biotechnik zur Schlüsseltechnik des 21. Jahrhunderts zu machen, von Künast und Co. knallhart ausgebremst und abgeblockt wird.

(René Röspel [SPD]: Das hat er nicht gesagt! Er hat gesagt, dass das Gesetz gut ist! Soll ich es vorlesen?)

– Ich sage Ihnen jetzt, was er gesagt hat. – Das Resümee des Bundeskanzlers lautete:

Also lassen Sie uns nicht Debatten von gestern führen, sondern darauf setzen, dass jetzt die Ausbringung geschieht und wir in diesem Bereich weiterkommen.

Das heißt für mich: Der Kanzler will, dass Pflanzen aus gentechnisch verändertem Saatgut auf deutschen Äckern wachsen können und dass wir etwas dafür tun, dass die entsprechenden Voraussetzungen gegeben sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich kann den Kanzler darin durchaus unterstützen. Das gilt ebenfalls für seine Aufforderung:

Jedenfalls sollte begonnen werden. Ich denke, das ist die Aufgabe, die vor uns liegt.

Da hat er Recht.

Nicht nachvollziehen kann ich die Feststellungen, Kollege Röspel:

Wir werden ein Gentechnik-II-Gesetz bekommen, das zusammen mit dem ersten Gesetz einen vernünftigen Rechtsrahmen für Investitionen in diesem Bereich darstellt.

(René Röspel [SPD]: Der Kanzler hat mit al-
lem Recht, was er gesagt hat!)

Hier war vielleicht eher der Wunsch Vater des Gedankens. Bemerkte der Kanzler doch gleich anschließend, dass die Haftungsfragen nicht so geregelt seien, wie es sich diejenigen, die investieren sollen, vorstellen. Auch an dieser Stelle hat der Kanzler Recht. Wenn Sie es nachlesen wollen: Die Rede liegt auf meinem Platz. Sie können da gerne hineinschauen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Folgen wir also der Aufforderung des Kanzlers! Was ist zu tun?

Erstens. Ministerin Künast muss ihre **Sechs-Punkte-Verpflichtung** abarbeiten, die sie im November 2004 gegenüber dem Bundesrat abgegeben hat. Diesbezüglich ist bis dato nichts geschehen. Zuerst gilt es, die Feldforschung von Universitäten und Instituten, von Saatgutunternehmen und Biotechnikunternehmen zu sichern: entweder durch die Festlegung, dass Freisetzung kein In-Verkehr-Bringen sind, wie es in anderen Ländern Europas geschehen ist, oder durch die Einrichtung eines Haftungsfonds im Hause Künast, der die Forschung, und zwar insgesamt, gegen eventuelle Schadensfälle absichert. In den letzten Tagen ist durchgesickert, dass sie so etwas wollen.

Zweitens. Wir brauchen einen breiten Erprobungsanbau in Zusammenarbeit mit den Bundesländern und mit privaten Unternehmen,

um die – im Übrigen positiven – Erfahrungen aus dem letzten Jahr – die Länder haben den Anbau vergangenes Jahr allein durchgesetzt – zu vertiefen.

Drittens. Vor allen Dingen müssen wir das **Haftungsrecht** für Anwender, Saatzüchter und private Forschungsunternehmen endlich kalkulierbar machen. Da das immer wieder durcheinander geworfen wird, sage ich ganz deutlich: Natürlich soll jeder die Verantwortung für sein eigenes Verschulden übernehmen. Alle anderen Behauptungen sind schlicht unredlich. Aber dass der Einzelne für höhere Gewalt, für kriminelle Energie Dritter oder für ähnliche unbeeinflussbare Tatbestände herangezogen werden soll, kann doch niemand ernsthaft fordern,

(René Röspel [SPD]: Das macht ja auch
niemand!)

zumindest dann nicht, wenn man sich an die Vorschriften peinlich genau gehalten hat. Sie verlangen auch dann vom Landwirt oder vom Anwender die Haftung, wenn er für die Schäden überhaupt nichts kann. Genau das ist die Krux der von Ihnen geplanten Haftungsregeln.

Ich schlage vor – ich denke, diese Zielrichtung macht wirklich Sinn –, für solche Situationen eine Lösung wie im Nachbarland Holland zu schaffen. Dort haben sich alle Betroffenen, einschließlich der Ökolandwirte, auf einen übergeordneten **Haftungsfonds** für Schäden durch unkalkulierbare Eventualitäten – nicht für Schäden durch persönliches Verschulden – geeinigt. In diesen Fonds zahlen Biotechnikunternehmen, Züchter, Landwirte, und zwar einschließlich der Bio- und Ökobetriebe, der Agrarhandel und in der Startphase auch der Staat ein. Dies wäre zumindest für die kommenden zwei Jahre eine Übergangslösung, die kurzfristig geschaffen werden könnte, die bei den Vermittlungsverfahren mit dem Bundesrat eine Zielmarke wäre und die allen unnötigen Streit aus der Welt schafft.

Wenn Kanzler Schröder in diesem Bereich wirklich weiterkommen will, dann muss er im anstehenden Vermittlungsverfahren so weit Einfluss nehmen, dass wir dieses Ziel am Ende im Interesse von Innovationen, Arbeitsplätzen und Zukunftschancen in Deutschland erreichen. Sonst behält Herr Schmoldt am Ende doch Recht, wenn er sagt – ich zitiere ihn noch einmal –:

Es besteht die reale Gefahr, dass Forschung ins Ausland wandert. Ein schlechtes Signal für den Standort Deutschland ...

Wir wollen die Abwanderung der Forschung verhindern. Deswegen lehnen wir Ihren Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Bundesministerin Renate Künast.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU/ CSU: Schwacher Beifall!)

Renate Künast, Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Lassen Sie mich zu Anfang auf Frau Merkel Bezug nehmen – sie ist ja heute leider nicht da –, die gestern – sie hat damit, glaube ich, auf den Punkt gebracht, was in Wahrheit die Position der CDU/CSU ist – eine Gentechnik ohne Regeln und ohne Rücksicht gefordert hat.

(Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: Quatsch!)

– Ja, natürlich.

(Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: Das ist völliger Quatsch!)

Sie hat nämlich von der **Ordnung der Freiheit** geredet. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Diese so genannte Ordnung der Freiheit, die da vorgeschlagen wird, die in vielen Redebeiträgen, auch heute in dem von Herrn Heiderich, durchschimmerte, hat nichts mit Ordnung zu tun; sie ist vielmehr so etwas wie die reinste Anarchie, in der überlebt, wer der Stärkste ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Lachen bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Ernst Burgbacher [FDP]: Sie müssen alles regulieren! Das kennen wir!)

Ich will Ihnen auch sagen, warum. Sie wollen nämlich keine Regeln für das Nebeneinander verschiedener Anbauformen; vielmehr wollen Sie, dass einer auf Kosten aller anderen lebt. Sie wollen keinen Schutz für Landwirte.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie haben doch längst die Interessenvertretung der Bauern in Deutschland aufgegeben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Lachen bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

– Ich werde Ihnen das gleich darlegen.

Alle die Landwirte – das ist die Mehrheit in Deutschland –, die nicht gentechnisch veränderte Pflanzen anbauen wollen, bekommen von Ihnen noch nicht einmal einen Hauch von Schutz. Sie haben das gerade selbst begründet; denn Sie wollen die **Haftung** so verteilen, dass diejenigen, die solche Pflanzen nicht anbauen, auch noch für die Haftung geradestehen müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Das ist eine gehobene Form von Unsinn und das ist eine Nichtinteressenvertretung.

Ferner räumen Sie den Verbraucherinnen und Verbrauchern noch nicht einmal die Freiheit ein, entscheiden zu können, weil Sie nicht dafür sorgen wollen, dass es auch nicht gentechnisch veränderte Produkte auf dem deutschen Markt gibt. Sie wollen verheimlichen und verschleiern.

(Helmut Heiderich [CDU/CSU]: Sie wollen verbieten und nicht anerkennen!
– Ernst Burgbacher [FDP]: Entweder böswillig oder dumm!)

– Sie quaken hier immer groß und laut. Aber schauen wir uns einmal die Details an! Wir sind ja nicht blind und können lesen.

Sie scheren sich nicht um 70 Prozent der Bevölkerung. Ich wundere mich schon: Nach der letzten Bundestagswahl hat Frau Merkel mit Tränen in den Augen in einem „Spiegel“-Interview gesagt: Wir haben die Wahl in den Städten verloren; jetzt wollen wir Umwelt- und Verbraucherschutz machen. – Was ist denn plötzlich los? Jetzt wollen Sie nicht einmal, dass die Verbraucher wissen, was in Lebensmitteln enthalten ist. Das ist doch Ihre Strategie.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Helmut Heiderich [CDU/ CSU]: Gucken Sie einmal nach Schleswig-Holstein!)

Das ist Ihre Art von Freiheit.

Ich will Ihnen das erklären, denn Sie haben es gerade noch einmal angesprochen. Ihre Freiheit sieht wie folgt aus: Sie wollen, dass wenn in Freisetzungsversuchen **ungenehmigte Konstrukte**, die ja gerade im Experiment sind, auskreuzen, diese als Lebensmittel auf dem deutschen Markt verkauft werden dürfen. Genau das wollen Sie. Sie wollen, dass die Verbraucher quasi zum Teil eines großen Experiments werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Helmut Heiderich [CDU/ CSU]: Ach ja? Erzählen Sie nicht so einen Quatsch!)

Ich kann Ihnen aber sagen, dass Sie mit Ihrer Ideologie, Herr Heiderich, und alle anderen an der Stelle etwas tun, was noch nicht einmal in den von Ihnen so gelobten USA erlaubt ist.

Sie haben auch den **Sechs-Punkte-Plan** angesprochen. Davon werden Sie wahrscheinlich auch in vier Jahren hier vorn erzählen; das ist Ihr gutes Recht.

(Helmut Heiderich [CDU/CSU]: So lange, bis Sie es endlich machen!)

Aber wir haben längst Teile davon abgearbeitet. Darüber reden Sie nur nicht gern, weil Sie in dieser Beziehung schon wieder verloren haben. Wir haben von der Kommission zu dem gerade angesprochenen Problem, ob man den Menschen ungenehmigte und hinsichtlich ihrer Sicherheit nicht bewertete Konstrukte als Lebensmittel verkaufen darf, die klare Stellungnahme erhalten: Nein, das darf man nicht. Also, Herr Heiderich, dann können es allenfalls noch fünf Punkte sein, über die Sie eigentlich reden könnten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Sie wollen keine Eins-zu-eins-Umsetzung von EG-Recht; Sie wollen, was EG-Recht betrifft, rechtswidrig, verantwortungslos und gefährlich handeln. Sie wollen allenfalls die Interessen von schlecht informierten Lobbyisten umsetzen. Aber selbst mit denen reden wir und erklären ihnen, dass sie manches gar nicht richtig gelesen haben.

Sie wissen eines ganz genau, wenn Sie unsere gesetzlichen Regelungen kritisieren: Die Kommission hat klar gesagt, dass Koexistenz- und Haftungsfragen zur Aufgabe der Mitgliedstaaten zählen. Deshalb regeln wir das auch,

(Helmut Heiderich [CDU/CSU]: Aber völlig falsch!)

weil wir ja unsere Rechte nicht an der Haustür in Brüssel abgeben. Das kritisieren Sie doch sonst auch immer, Herr Heiderich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Nun zu der Frage, was in diesem Gesetz geregelt wird. Da ist zum einen das **Standortregister** zu nennen. Worum geht es dabei? Wir legen hier fest, dass Gemeinde, Postleitzahl und Gemarkung in einem öffentlich zugänglichen Register für alle Bürgerinnen und Bürger, quasi im Internet, zugänglich sein müssen. Ferner sagen wir, dass alle anderen Nachbarn, Landwirte, Imker, diejenigen, die das Recht haben, genau zu wissen, was auf dem betreffenden Feld vor sich geht, unverzüglich eine flurstückgenaue Auskunft bekommen. Ich

hoffe, dass Sie, Herr Heiderich, dann auch dafür sorgen, dass dieses unverzüglich von den Bundesländern eingestellt wird. Wenn Bauern nämlich ein halbes Jahr auf entsprechende Veröffentlichungen warten müssen, wissen sie gar nicht, was sie aussäen sollen. Sie stellen Ihre Partei ja immer als Interessenvertretung der Bauern dar, aber das galt früher vielleicht einmal.

(Zuruf des Abg. Helmut Heiderich [CDU/CSU])

Ich sage Ihnen: Die Menschen haben ein **Recht auf Information**.

Ich wäre beglückt, wenn Sie hier nicht nur einseitig Lobbyinteressen vertreten würden und darum großes Buhei machen würden, sondern auch einmal anfangen würden, eine wenigstens in Ansätzen differenzierte Position einzunehmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Warum gelingt Ihnen eigentlich nicht, was den Landeskirchen gelingt? Immer mehr Landeskirchen sagen bei Abschluss von Pachtverträgen, dass auf ihrem Gelände nur gentechnikfreier Anbau erlaubt ist. Sie wollen doch nicht behaupten, dass alle evangelischen und katholischen Landeskirchen irren.

(Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: Es gibt gar keine katholischen Landeskirchen!)

Sonst berufen Sie sich ja auch immer auf sie.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: Voll daneben!)

Zum anderen gibt es immer mehr Regionen in Deutschland, die sich zu gentechnikfreien Zonen erklären. Eine sehr große gibt es im Bereich der Rhön, sogar über drei Landesgrenzen hinweg, direkt vor der Haustür von Herrn Heiderich. Sie hätten also die Möglichkeit, sich ausnahmsweise einmal über die Sorgen der Menschen vor Ort zu informieren, indem Sie in der sitzungsfreien Zeit eine kleine Reise unternehmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Helmut Heiderich [CDU/CSU]: Von Ihnen mit Steuergeldern gesponsert!)

– Davon träumen Sie. Wenn wir dafür Geld ausgaben, hätten Sie das doch schon längst herausbekommen. Ihr Job ist doch nichts anderes, als in den Ministerien zu stochern und zu versuchen, illegal an Papiere heranzukommen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN –

Helmut Heiderich [CDU/CSU]: 129 000 Euro!)

Wo gibt es die größte **gentechnikfreie Zone** in dieser Republik? Ich komme nicht umhin, an dieser Stelle einmal an den heiligen Sankt Florian zu erinnern. Dessen Lied singt nämlich Edmund Stoiber, der Ministerpräsident Bayerns. Das geht so: Heiliger Sankt Florian, verschütt' – pardon – verschon' mein Haus, zünd' andere an!

(Ernst Burgbacher [FDP]: Warum sind Sie so nervös? Klar, ein Auflösungsprozess ist immer schwierig! – Gegenruf des Abg. René Röspel [SPD]: Ha, ha!)

– Damit setzen Sie den Zwischenrufen die Krone auf. Mit diesem Zwischenruf werden Sie einmal berühmt werden. Versprecher passieren zwar vornehmlich Männern, aber Frauen können es auch.

(Lachen und Zurufe von der CDU/CSU und der FDP)

– Mensch, Sie wissen doch, Frauen halten immer engagierte Redebeiträge. Das wird Frau Happach-Kasan doch auch gleich machen, oder? Soll ich dann vielleicht auch solch eine Zickeneinrede machen?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wissen Sie, warum Edmund Stoiber diesem Sankt-Florians-Prinzip folgt? Bei ihm im Wahlkreis gibt es mit 200 000 Hektar die größte gentechnikfreie Zone der Bundesrepublik Deutschland. Angesichts dessen sollte man sich wirklich einmal in seinem Wahlkreis erkundigen, welche Interessen die Landwirte vor Ort und die Menschen, die deren Produkte kaufen, haben. Bayern weiß sehr genau, dass Österreich und die Schweiz auf den Standortfaktor der GVO-Freiheit setzen. Wir wissen ja – Herr Heiderich wird das auch wissen –, dass in Bayern schon einige Genehmigungen für Anbauten und Versuchsflächen zurückgezogen wurden,

(Helmut Heiderich [CDU/CSU]: Wissen Sie auch, warum?)

weil Österreich sich das Geschäft nicht hat verderben lassen wollen.

Es gibt weltweit einen **Markt für gentechnikfreie Produkte**. Warum gibt es keinen GVO-Weizen in den USA? Weil Japan gesagt hat, dann würden sie gar keinen Weizen mehr von dort importieren. Daraufhin haben die USA gesagt, dann bauen wir eben keinen an.

(Zuruf von der CDU/CSU: Unseriös!)

Warum gibt es keine GVO-Pommes? Weil der größte Fast-Food-Konzern, der weltweit mit den gleichen Geschmacksangeboten agiert, sagt,

dass er kein Debakel mit GVO-Pommes in seinem Unternehmen erleben möchte. Warum gibt es keine GVO-Rapsfelder? Weil der Lebensmittelsektor klar sagt, dass, sobald irgendwo angefangen wird, GVO-Raps anzubauen, kein Raps mehr aus diesem Land für die Herstellung von Margarine verwendet wird, sondern woandersher importiert wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Sie verfolgen doch das Interesse, den mittelständischen Unternehmen die Möglichkeiten zu verderben, zusätzliche Einnahmen zu erzielen.

(Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: Soja! Schweinefutter!)

Mein letzter Satz lautet – das ist eine ganz klare Aufforderung an Sie –: Schauen Sie in den Gesetzentwurf. Er ermöglicht Verfahrenserleichterungen in Bereichen, wo Europa stark ist, nämlich bei der **Weißer Biotechnologie**. Hier haben wir weltweit derzeit einen Marktanteil von 70 Prozent. Dieser Sektor birgt ungeahnte Entwicklungspotenziale. Wir müssen nicht in Bereichen, in denen die USA schon weiter sind, hinterherrennen, sondern wir haben hier die Möglichkeit,

(Helmut Heiderich [CDU/CSU]: Alles platt zu machen!)

uns im Rahmen der Lissabon-Strategie von Waschpulver bis hin zu allen möglichen Produkten zu entwickeln.

Ganz klar sage ich auch: Wenn Sie sich weiterhin so ideologisch verhalten – Ihr Verhalten beruht ja auf nichts anderem als einer großen Ideologieblase –, dann verderben Sie der chemischen Industrie in Deutschland und Europa das Geschäft mit der Weißer Biotechnologie.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Sie sind dann diejenigen, die Arbeitsplätze in dieser Republik vernichten bzw. die Entstehung neuer verhindern.

(Helmut Heiderich [CDU/CSU]: Sie machen die Forschung platt!)

Deshalb bitte ich Sie: Hören Sie mit Ihrem ideologischen Spiel auf,

(Lachen bei der CDU/CSU)

stimmen Sie dem Gesetzentwurf zu und eröffnen Sie damit Deutschland neue Zukunftschancen, statt diesen Standort immer nur schlechtzureden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Helmut Heiderich [CDU/CSU]: Lassen Sie die

deutschen Forscher forschen! –
Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

13.45-13.55.doc

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Dr. Christel Happach-Kasan von der FDP-Fraktion.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Künast, nur so viel: Ich glaube, Sie sind urlaubsreif. Ich wünsche Ihnen wirklich schöne Osterfeiertage. Mehr kann man zu Ihrer Rede nicht sagen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

An eines darf ich erinnern: In Schleswig-Holstein hat 1 Prozent der Landwirte Grün gewählt, nicht einmal alle Ökobauern.

(Helmut Heiderich [CDU/CSU]: Richtig!)

Das ist nicht gerade üppig.

Wir leben im Zeitalter der Biologie. Die Ingenieurkunst unserer Zeit ist das **Genetical Engineering**, ein sympathischer Ausdruck für die Grüne und Weiße Gentechnik. Wir können dieses Zeitalter weiter verschlafen oder es mit Ideen und Kreativität gestalten und prägen, so wie wir das Zeitalter der Chemie und das Zeitalter der Physik gestaltet und geprägt haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir haben 5,2 Millionen Arbeitslose. Diese sind eine Herausforderung für uns. Die Gentechnik bietet Chancen für qualifizierte Arbeitsplätze. Wir als FDP wollen diese Chance nutzen.

Im Einstein-Jahr hat das Bundesforschungsministerium das Einstein-Zitat aufgegriffen: Wichtig ist, dass wir nicht aufhören zu fragen. – Völlig richtig; aber wir brauchen auch Antworten. Die Diskussion um die Grüne Gentechnik zeigt, dass diese Antworten nicht aus der grünen Verbandsszene kommen, sondern aus der seriösen Wissenschaft: aus Universitäten, Ressortforschungseinrichtungen, forschenden Unternehmen. Die Forschungsverbote von Ministerin Künast sind ein einmaliger Vorgang. Wir lehnen sie absolut ab.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die FDP will, dass wir in Deutschland alle Optionen nutzen, das Zeitalter der Biologie mitzugestalten. Die wissenschaftlichen Potenziale dafür sind vorhanden. Der Leibniz-Preis an Professor Dr. Christian Jung, Leiter des Instituts für Pflanzenzüchtung in Kiel, hat dies eindrucksvoll demonstriert. Die **Weißer Gentechnik** hat sich weitgehend durchgesetzt, auch wenn Ministerin Künast, die für sie eintritt,

die Kennzeichnungsregelung nicht ordentlich gestaltet. Da gibt es Defizite, die in Ihrer Verantwortung liegen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Mit der Beschlussfassung über das zweite Gentechnikgesetz entscheiden wir, ob wir Wissenschaftlern und Unternehmen Gestaltungsmöglichkeiten geben oder ob in Deutschland der von den Grünen angeführte Kampf gegen Windmühlenflügel fortgesetzt wird. Rot-Grün hat keinen vernünftigen Rechtsrahmen für die Forschung und Anwendung der Gentechnik erarbeitet. Kanzler Schröder hat die Muskeln spielen lassen, aber es hat sich nichts getan. Frau Drobinski-Weiß, Ihre Rede kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass das, was Sie hier vorgestellt haben, ein Armutszeugnis ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die entscheidenden Weichenstellungen zur Verhinderung der wissenschaftlichen Weiterentwicklung und der landwirtschaftlichen Nutzung der Grünen Gentechnik wurden durch das erste Gentechnikgesetz vorgenommen. Das kann nur geheilt werden, wenn das zweite Gentechnikgesetz dem ersten die Giftzähne zieht. Dafür hat die FDP vier Änderungsanträge vorgelegt.

Die Anträge der Koalition reichen nicht. Der halbherzige Verzicht auf das allgemein zugängliche Standortregister ist eine angemessene Reaktion darauf, dass die Bundesregierung den Schutz von Feldern mit gentechnisch veränderten Pflanzen nicht sicherstellen kann und Ministerin Künast dies auch gar nicht will. Sie hat sich von den Feldzerstörungen nie distanziert.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU
– Widerspruch bei der SPD und dem
BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN)

– Wir haben das gefordert, aber sie hat es nicht getan.

Die FDP lehnt die verschuldensunabhängige Haftung ab. Wir wollen eine bessere **Definition des In-Verkehr-Bringens**. Es ist absurd, Ministerin Künast, wenn das Gesetz jedes herumfliegende Pollenkorn, das aus einem Freisetzungsvorgang stammt, als illegales In-Verkehr-Bringen bewertet. Das ist ideologische Borniertheit.

(Gustav Herzog [SPD]: Wer soll denn den Schaden bezahlen?)

– Herr Herzog, es steht Ihnen nicht an, so dummes Zeug zu sagen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir als FDP schlagen in diesem Fall die von Sachsen-Anhalt erarbeitete Definition des In-

Verkehr-Bringens vor. Genetical Engineering ist eine Züchtungsmethode. Statt auf günstige Mutationen zu hoffen, ausgelöst durch radioaktive Bestrahlung oder den Einsatz von mutagenen Zellgiften, werden bekannte Gene genutzt und in die Genome von Pflanzen oder Bakterien eingesetzt.

(René Röspe! [SPD]: Konventionelle Kreuzung läuft anders!)

– Quatsch! Das ist doch nicht konventionelle Kreuzung. Sie wissen ganz genau, was in der Züchtung stattfindet; das ist doch unsinnig. – Schon Anfang der 90er-Jahre wurde in der Technikfolgenabschätzung festgestellt, dass die Eigenschaften der neuen Sorten und nicht die Züchtungsmethode für ihre Bewertung entscheidend sind. Nehmen Sie von der SPD das doch zumindest einmal zur Kenntnis! Die Sorten sind sicher; die finanziellen Risiken, über die wir sprechen, sind insbesondere von der grünen Verbandsszene künstlich erzeugt worden, nichts anderes.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Diese Erkenntnis setzt sich allmählich durch. Die Katholische Landvolkbewegung will die Grüne Gentechnik nicht mehr ablehnen und hat erklärt, dass wir auf die Forschung in diesem Bereich nicht verzichten können. In der Schweiz ist im Ständerat der Antrag auf ein fünfjähriges Moratorium gescheitert. In Schleswig-Holstein hat das Aktionsbündnis die erforderlichen 20 000 Stimmen für eine Volksinitiative gegen die Gentechnik nicht zusammenbekommen.

(Elvira Drobinski-Weiß [SPD]: Das trifft nicht zu, Frau Kollegin!)

– Doch! Sie hat es nicht geschafft. – In Dänemark hat man die Produktion von gentechnikfreiem Schweinefleisch eingestellt, weil es keine Nachfrage gab. Über 60 Prozent der Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland befürworten gentechnisch veränderten Joghurt mit besonderer Gesundheitswirkung. Frau Ministerin Künast, Sie wissen selbst: Wenn diese Lebensmittel preiswerter sind als andere Lebensmittel, dann greifen alle Leute zu. Das ist der Fakt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Das überragende Problem in Deutschland ist die **Arbeitslosigkeit**. Jobgipfel haben nur dann Erfolg, wenn neben den notwendigen strukturellen Veränderungen in der Steuerpolitik auch neue Wirtschaftsbereiche erschlossen werden. Wir brauchen neue Arbeitsplätze; denn alte Industrien brechen weg. Im Zeitalter der Biologie ist das Genetical Engineering die aktuelle Ingenieurkunst, die gestützt und gefördert werden muss und nicht verhindert werden darf.

Die FDP fordert die SPD auf, sich am Wohl der Menschen und nicht am Wohl der grünen Partei zu orientieren.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Nutzen Sie die verbleibende Chance für das Aufbrechen der Blockade gegen die Grüne Gentechnik! Erinnern Sie sich daran, was gestern in Schleswig-Holstein passiert ist! Wollen Sie diesen Weg weiter gehen?

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege René Röspe! von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

René Röspe! (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Redezeit reicht leider nicht aus, um auf die ständigen Ideologievorwürfe von Herrn Heiderich einzugehen. Er hätte seine Rede besser letzte Woche gehalten. Wenn ihm die Sachargumente ausgehen, dann zeigt er diese Art von Beißreflex.

Ich kann auch nicht auf die falsche These von Frau Happach-Kasan eingehen. Wir leben eben nicht im Zeitalter der Biologie, Frau Happach-Kasan.

(Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Das haben Sie noch nicht gemerkt!)

Das ist längst vorbei. Wir leben vielmehr im Zeitalter der intelligenten Vernetzung von Chemie, Physik, Biologie und Informationstechnologie. Ihr Kenntnisstand scheint also weit zurückgeblieben zu sein.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will ein wenig mehr Sachlichkeit in die Debatte einbringen und auf die Diskussion, die es im Bereich der Forschung über dieses Gesetz gibt, eingehen. Ich befasse mich mit diesem Gesetz aus der Perspektive desjenigen, der viele Jahre als Biologe in einem Forschungslabor gearbeitet hat und sich, zumindest was die Vergangenheit betrifft, als Forscher bezeichnen kann. Ich verstehe nach wie vor die Leidenschaft von Forschern, wenn es darum geht, Dinge zu ergründen und die Neugier zu befriedigen. Ich sehe – das ist überhaupt keine Frage – die Grundlagenforschung als einen Wert an sich an.

Meine persönliche Erfahrung ist aber auch, dass es keine **Forschungsfreiheit** gibt. Bei

meiner alltäglichen Arbeit im Labor bin ich immer auf Begrenzungen gestoßen. Das Chemikaliengesetz, das Wasserhaushaltsgesetz, das Abfallgesetz, die Strahlenschutzverordnung und das Tierschutzgesetz

(Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Ich glaube, Sie verstehen den Begriff „Forschungsfreiheit“ nicht!)

wurden nicht erlassen, um die Forschung zu behindern, sondern – das entspringt einer Abwägung mit anderen Interessen – um die Tiere und die Umwelt zu schützen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man kommt nicht an der Tatsache vorbei, dass auch der vorliegende Gesetzentwurf eine solche Abwägung ist. Wenn Forscher zum Beispiel gentechnisch veränderte Pflanzen freisetzen – das heißt, sie zu Versuchszwecken auf einem Feld ausbringen –, dann kann in der Tat Schaden entstehen, nämlich dann, wenn solche Pflanzen in das Feld des Nachbarbauern auskreuzen und er seine Ernte nicht mehr, wie von ihm vorgesehen, als gentechnikfrei verkaufen kann. Dann ist in der Tat ein Schaden eingetreten. Wir sind im deutlichen Gegensatz zu Ihnen der Meinung, dass wir den Geschädigten nicht im Regen stehen lassen dürfen, sondern ihm helfen müssen. Wahrscheinlich geht es dabei nur um wenige Tausend Euro.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es darf auch aufgrund der Tatsache, dass Forscher dieses Feld betreiben, keine Ausnahmeregelung geben. Das ist das Ergebnis einer Abwägung und entspricht der EU-Rechtssetzung, dass es sich um ein In-Verkehr-Bringen handelt, wenn diese Ernte weitergegeben wird.

(Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Lesen Sie mal die Richtlinie!)

Um die Dimension dieser Abwägung deutlich zu machen – Sie sprachen vorhin die **Arbeitsplätze** an –, will ich darauf hinweisen, dass in dem Biotechnologiereport von Ernst & Young aus dem Jahre 2003 die Information enthalten ist, dass in Deutschland in der Biotechnologiebranche etwa 12 000 Menschen beschäftigt sind. Im Bereich der Grünen Gentechnik ist die Zahl wahrscheinlich viel kleiner. Im Internet war die höchste Zahl 24 000; dies kann ich aber nicht bestätigen. In der ökologischen Lebensmittelwirtschaft sind in den letzten zehn Jahren 75 000 Arbeitsplätze neu entstanden. In der Landwirtschaft sind insgesamt 1,3 Millionen Menschen beschäftigt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen also abwägen, welche Kriterien wir setzen und wie wir uns entscheiden.

Interessant an der Diskussion, die immer wieder über das **Auskreuzungsrisiko** geführt wird, finde ich, dass einerseits wissenschaftlich fundiert behauptet wird, dass das Risiko einer solchen Auskreuzung sehr gering sei. Manchmal wird sogar gesagt, es gehe gegen null; das teile ich nicht. Wenn aber darüber diskutiert wird, den möglichen Schaden einer solchen Auskreuzung zu übernehmen, dann wird andererseits gesagt – das hat die Versicherungswirtschaft deutlich gemacht –: Einen solchen Schaden können wir nicht übernehmen; das Risiko ist viel zu hoch. Auch die Beteiligten wehren sich dagegen, weil das Risiko angeblich zu hoch ist. Irgendwo besteht da ein Widerspruch. Entweder ist das Risiko sehr gering oder untragbar.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mein Vorschlag: Saatguthersteller – jedenfalls die großen – sollten einen Ausgleichsfonds für Haftung schaffen und den beteiligten Forschern anbieten, in diesen Ausgleichsfonds mit einzutreten. Das wäre, glaube ich, eine Möglichkeit, die machbar wäre. Wir werden Gespräche darüber führen. Wir bleiben weiterhin mit der Forschung im Gespräch. Wir werden, wie es auch der Kanzler gestern gesagt hat, das Gesetz in zwei Jahren noch einmal daraufhin prüfen, ob Verbesserungen notwendig sind.

(Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: Klasse!)

Zum Schluss ein paar deutliche Zahlen, an denen Sie nicht vorbeikommen, um einmal klar zu machen, wie es um die Forschungsfreundlichkeit dieser Regierung steht: Im Rahmen des **Bildungs- und Forschungsetats** wurden 1996 150 Millionen für die Biotechnologie ausgegeben; 1997 waren es 147 Millionen. In den letzten kümmerlichen Jahren der Regierung Kohl mit ihrem Forschungsminister Rüttgers ging es also richtig bergab.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Seit 1998, seitdem Rot-Grün an der Regierung ist, geht es nicht nur in diesem Bereich bergauf.

(Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: Jedes Jahr mehr Arbeitslose! Jedes Jahr mehr Firmenpleiten!)

Wir haben die Mittel in 2005 auf 240 Millionen Euro im Bereich Biotechnologie erhöht. Das ist ein Plus von 60 Prozent; das darf man durchaus sagen. Der Etat für Bildung und Forschung ist, wenn man die Mittel für die Förderung der Ganztagschulen und die Mittel für das BAföG

hinzuzählt, um 37 Prozent gestiegen, seitdem wir die Regierung übernommen haben. Die alte Regierung hat versagt. Der ehemalige Forschungsminister Rüttgers hat die Biotechnologie sowie Bildung und Forschung heruntergewirtschaftet.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Erst Rot-Grün hat das ans Licht geholt und gießt dieses Pflänzchen, damit es wirklich gedeihen kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Dr. Maria Flachsbarth von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Maria Flachsbarth (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Gentechnik steckt ein gewaltiges wirtschaftliches und wissenschaftliches Potenzial. Der Biotechstandort Deutschland hat mit seinen Forscherinnen und Forschern die Fähigkeit, in der Entwicklung innovativer und zukunftsfähiger Anwendungen im Rahmen der Nahrungsmittelproduktion, der Produktion nachwachsender Rohstoffe mit neuen spezifischen Eigenschaften und der Produktion von Energiepflanzen weltweit führend zu sein.

Trotz des von der Bundesregierung ausgerufenen Jahrs der Innovationen wurde im letzten Jahr ein Gesetz vom Deutschen Bundestag verabschiedet, das der Gentechnik solch strenge Auflagen macht, dass es von angesehenen Wissenschaftlern als Gentechnikverhinderungsgesetz bezeichnet wurde.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei
Abgeordneten der FDP)

Nun ist das Jahr der Innovationen vorbei. Dieses Jahr ist das **Albert-Einstein-Jahr** ausgerufen worden. Es beginnt so, wie das letzte Jahr aufgehört hat: mit Stagnation. Denn der Grund, warum wir uns gut anderthalb Monate nach dem In-Kraft-Treten des neuen Gentechnikgesetzes erneut mit einem diesbezüglichen Gesetzentwurf befassen müssen, liegt darin, dass die Koalitionsfraktionen den ursprünglich einheitlichen Entwurf aus rein politischen Gründen geteilt haben, um die Mitwirkungsrechte des Bundesrates zu kapfen.

Der Name dieses Jahres, Albert-Einstein-Jahr, steht wieder für Innovationen. Auch der

Bundeskanzler findet nur warme Worte für die Gentechnik, zum Beispiel am 27. Oktober letzten Jahres auf der Festveranstaltung des Vereins Acatech-Konvent für Technikwissenschaften, auf dem er eine neue Balance in der Debatte um die Gentechnik gefordert hat. In der gestrigen Regierungserklärung hat er gesagt: „Wir wollen einen vernünftigen Rahmen setzen.“

Wie sieht dieser Rahmen aber nun tatsächlich aus? Der vorliegende Entwurf baut auf dem völlig unzureichenden ersten Gentechnikgesetz auf und enthält vorwiegend verfahrensrechtliche Vorschriften. Die CDU/CSU hat bereits in der letzten Wahlperiode umfangreiche Vorschläge zur Entbürokratisierung und Straffung des Gentechnikrechts vorgelegt. Einige wenige unserer Forderungen wurden nunmehr aufgenommen. Das hätte man allerdings viel früher haben können.

14.00-14.10.doc

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

So besteht inzwischen Konsens, dass in der Sicherheitsstufe I – das bedeutet: kein Risiko – für gentechnische Anlagen und erstmalige Arbeiten nur noch eine bloße Anzeige erforderlich ist. Allerdings sind die Formulierungen widersprüchlich. Es wird im Text nicht deutlich, worin der Unterschied zwischen „Anmeldung“ und „Anzeige“ liegt. Auch das wurde bereits in der Anhörung im März dieses Jahres von den Experten kritisiert.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Weiterhin wird die Schaffung einer amtlichen Methodensammlung zur Entnahme und Untersuchung von Geoproben vorgesehen, um eine einheitliche Vorgehensweise zu gewährleisten. Schließlich werden bei den Fragen der Standortregister kleine Fortschritte erzielt.

Doch, meine Damen und Herren von Rot-Grün, meinen Sie wirklich, dass diese kleinen Änderungen der Gentechnik in Deutschland zum Durchbruch verhelfen können?

(Elvira Drobinski-Weiß [SPD]: Haben Sie
das nicht verstanden?)

Ich will Ihnen das Hauptproblem nennen, das den Einsatz der Grünen Gentechnik in Deutschland tatsächlich verhindert: Das ist das Haftungsproblem. Inzwischen redet auch die Bundesregierung davon, einen **Haftungsfonds** einzuführen.

(René Röspel [SPD]: Aber ohne staatliche
Gelder!)

In der Sechs-Punkte-Erklärung sagte Renate Künast, dass es so etwas geben könnte. Der Auslöser für diese halbherzige Erklärung ist uns

allen bekannt. Es waren die blauen Briefe aus Brüssel und die ablehnende Haltung des Bundesrates – sogar der SPD-geführten Bundesländer.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Auch der Bundeskanzler hat in seiner gestrigen Regierungserklärung von der Einrichtung eines Haftungsfonds gesprochen. Zugegeben: Ein Haftungsfonds ist eine vernünftige Sache. Wir fordern das schon seit langem. Wir haben mit dem Klärschlammfonds ein bewährtes, praktikables und rechtsfestes Modell. Wir sollten gelegentlich einmal über die Grenze nach Holland schauen und diese Vorschläge übernehmen. Allerdings täuscht die Einrichtung eines Haftungsfonds über die eigentlichen Probleme hinweg, nämlich darüber, dass in § 36 a des Gentechnikgesetzes eine überaus strenge und überzogene Haftung geregelt ist. Das Gesetz sieht vor, dass, wenn der direkte Verursacher eines Schadens nicht ermittelt werden kann, jeder Nachbar, der kreuzungsfähige GVOs anbaut, für den Ausgleichsanspruch haftet. Er soll auch dann haften, wenn er alle Regeln der guten fachlichen Praxis eingehalten hat.

(René Röspel [SPD]: Das ist wie bei Millionen von Autofahrern und der Gefährdungshaftung!)

Das ist so, als würde man – um ein Beispiel des niedersächsischen Ministerpräsidenten Wulff aufzugreifen –, wenn bei einem Autounfall der tatsächliche Unfallverursacher nicht ermittelt werden kann, einfach denjenigen haften zu lassen, der am nächsten am Unfallort vorbeifährt.

(Beifall bei der CDU/CSU – René Röspel [SPD]: Nein! Das stimmt nicht! Der Halter haftet!))

– Doch, genau das stimmt.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch ganz einfach! Sie haben es nicht verstanden!)

Es ist kein Wunder, dass bei einem solchen Rechtskonstrukt die Versicherungen Probleme haben, Versicherungspolice für einen solchen Anbau zu kalkulieren. Würde man im Straßenverkehrsrecht vergleichbare Regelungen schaffen, bestünde dort das gleiche Problem.

(René Röspel [SPD]: Bei der Gefährdungshaftung haftet der Halter unabhängig von seinem Verschulden!)

Wir brauchen stattdessen ein Gentechnikhaftungsrecht, das den Anbau ermöglicht, für einen **gerechten Interessenausgleich** sorgt

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau das tun wir!)

und, wie im europäischen Recht vorgesehen, Koexistenz tatsächlich ermöglicht. Regelungen des Bürgerlichen Gesetzbuches bieten dafür eine gute Grundlage. Sie schaffen in § 906 BGB einen gerechten Ausgleich der jeweiligen Eigentümerinteressen. Davon weicht das Gentechnikrecht ab.

Leider bietet der vorliegende Gesetzentwurf für diese Probleme keine Lösungen. Die Aussagen des Bundeskanzlers stehen daher im eklatanten Widerspruch zur Wirklichkeit. Auch das in der Regierungserklärung abgegebene Versprechen, das Gentechnikrecht nach zwei Jahren zu evaluieren bzw. anzupassen, hilft doch überhaupt nicht weiter.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir leben in einer Zeit, in der sich das gesamte Wissen der Menschheit alle vier Jahre verdoppelt. Wenn wir jetzt nicht dabei sind, werden andere Staaten die Spitze der Entwicklung einnehmen, die Profite einfahren und übrigens auch die entsprechenden Sicherheitsstandards setzen. Deutschland bleibt dann außen vor.

Ich möchte nur an die Erfahrungen erinnern, die wir Anfang der 90er-Jahre mit der Roten Gentechnik gesammelt haben. Joschka Fischer, damals hessischer Umweltminister, verhinderte den Bau eines Bioreaktors zur Produktion von humanem Insulin, weil auch die Rote Gentechnik als höchst risikoreich galt.

(Kurt Segner [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Hochst Frankfurt baute die Fertigung dann übrigens im benachbarten Ausland, im Elsass, auf. Die Wertschöpfung erfolgt bis heute im Ausland, in Frankreich.

Die zutiefst gentechnikfeindliche Haltung beweisen auch die zahlreichen flankierenden Maßnahmen der Bundesregierung und vor allem des grünen Koalitionspartners. Vom Landwirtschaftsministerium wurden in der Vergangenheit beispielsweise Freilandversuche immer wieder verhindert. Ich erinnere an den Großflächenanbau von Bt-Mais in Sachsen-Anhalt und die Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Apfelsorten in Pillnitz und Quedlinburg. Das neueste Glied dieser Kette haben wir in der letzten Woche in der Aktuellen Stunde thematisiert. Das BMBF will die Projekte jetzt doch weiterverfolgen, weil es die Einwände des BMVEL nicht teilt. Das ist ein Paradebeispiel für transparentes und konsequentes Regierungshandeln.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Folgen einer solchen Politik haben nicht lange auf sich warten lassen. So gibt es nach aktueller Aussage des Bundesforschungsministeriums dort keinerlei neue Anträge mehr zur Gentechnikforschung in Deutschland und damit auch keine Hoffnung auf Innovation und Arbeitsplätze.

(Jörg Tauss [SPD]: Völlig falsch!)

Anders ist es bei der EU. Dort werden im 7. Forschungsrahmenprogramm der Bio- und Gentechnik erheblich gesteigerte Mittel zugewiesen. Europa investiert und Deutschland blockiert.

Auch das Zweite Gesetz zur Neuordnung des Gentechnikrechts wird die Situation für die Gentechnik in Deutschland nicht verbessern. Insgesamt richtet das Vorgehen der Bundesregierung somit in Wissenschaft und Wirtschaft schweren Schaden für den Standort Deutschland an. Leider hat wieder einmal Ideologie über Politik gesiegt. Wir werden diesem Gesetz daher selbstverständlich nicht zustimmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Dr. Herta Däubler-Gmelin von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dr. Herta Däubler-Gmelin (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst will ich mich bei all denen ganz herzlich bedanken, die am Ende dieser aufregenden Woche ins Plenum gekommen sind,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

insbesondere bei Volker Beck, aber auch bei allen anderen Kolleginnen und Kollegen der SPD und der Grünen; von den Oppositionsfraktionen sind bei diesem Zukunftsthema leider nur ganz wenige im Saal.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Unruhe bei der CDU/CSU)

Sie können sehen: Die Koalition steht in der Tat für eine klare Auseinandersetzung über dieses Zukunftsthema.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Sie müssen jetzt immer zwei haben, wo wir bloß einen brauchen!)

– Die Kollegen rufen dazwischen; der Kollege Schirmbeck macht das im Ausschuss auch immer. Ich darf Ihnen einfach einmal Folgendes sagen: Nachdem wir im Plenum jetzt schon x-mal über diese Fragen geredet haben, haben wir uns eigentlich darauf gefreut, von Ihnen einmal ein paar Sachargumente und nicht immer die gleichen ideologischen Standpunkte zu hören.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Helmut Heiderich [CDU/CSU]: Dann müssen Sie zuhören!)

Ein Gutes hatte Ihre Rede, lieber Herr Heiderich. Sie eignet sich vorzüglich dazu, unseren Landwirten zugesandt zu werden. Die sind bisher nämlich immer der Meinung gewesen, zumindest bei uns, die CDU habe einen differenzierten Standpunkt.

(Helmut Heiderich [CDU/CSU]: Sehr wohl!)

Sie können sicher sein: Ihre Rede wird diese Landwirte ganz schnell kurieren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist wirklich schade, dass der Landwirtschaftsminister von Baden-Württemberg nicht da ist. Der weiß nämlich: Nicht nur in Bayern, sondern auch in Baden-Württemberg bauen die Landwirte darauf, dass wir das, was in der **europäischen Richtlinie** zu Koexistenz, Kennzeichnung, Wahlrechten für Landwirte und Verbraucher steht, ernst nehmen. Sie tun das nicht. Die Koalitionsfraktionen tun das. Unsere Gesetze, sowohl das erste Gesetz zur Neuordnung des Gentechnikrechts als auch das jetzt vorliegende Gesetz, entsprechen genau diesem Grundsatz.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Glauben Sie das selber?)

Es geht im Übrigen nicht – ob Ihnen das jetzt passt oder nicht – um das erste Gesetz. Der Herr Heiderich hat das zwar wieder sehr schön hineingepackt, aber Sie müssen sich einfach einmal damit abfinden, dass Sie als Opposition unterliegen und dass die Mehrheit des Hauses etwas beschließt,

(Ulrike Flach [FDP]: Aber nicht immer!)

das dann auch für Sie gilt.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Aber der Zustand wird sich bald ändern!)

Sie sind doch – so sagen Sie es immer – gute Demokraten.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg.
Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN])

Oder rufen Sie immer nur dazwischen, Herr Schirmbeck?

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Der Zustand ändert sich!)

– Herr Schirmbeck, ich finde das toll. Sie sind einer der besten und lautesten Schreier. Nur, Argumente haben Sie nicht. Das ist schade.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Lachen des Abg. Georg Schirmbeck [CDU/CSU])

Koexistenz und Kennzeichnung, das heißt, dass Leute wählen dürfen.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Das dürfen die bei uns!)

Nehmen Sie doch endlich einmal zur Kenntnis: Je mehr die Verbraucher über Gentechnik im grünen Bereich wissen, desto weniger wollen sie sie; das ist anders als bei neuen Techniken.

(Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Das stimmt doch überhaupt nicht! – Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: Das ist doch nicht wahr!)

Nehmen Sie bitte auch zur Kenntnis, dass unsere Landwirte nicht am **Markt** vorbei produzieren können. Wenn drei Viertel der Verbraucherinnen und Verbraucher Gentechnik nicht wollen, dann können Sie nicht einfach hinterrücks auf eine schleichende Einführung der Gentechnik setzen,

(Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Vertrauen Sie doch auf den Markt!)

sondern sollten sich mit uns zusammentun und durchsetzen, dass das gemacht wird, was die neue EU-Kommissarin gesagt hat, nämlich eine Trennung zwischen Landwirtschaft mit GVOs und Landwirtschaft ohne gentechnisch veränderte Organismen. Sie sollten mit uns dafür eintreten, dass die Saatgutschwellenwerte bei der technischen Nachweisbarkeit liegen. Sie sollten mit uns dafür eintreten, dass die Lücke bei der Kennzeichnung tierischer Produkte endlich geschlossen wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: Sie gehören doch dem Rat an, nicht wir!)

Sie sollten dann gemeinsam mit uns dafür eintreten, dass die Bürgerinnen und Bürger selber entscheiden können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Jetzt komme ich zu einem anderen Mythos, nämlich zu der **Haftungsfrage**. Eigentlich könnte man sagen: Es ist ausgesprochen witzig, wie selektiv Herr Heiderich den Kanzler zitiert.

(Beifall bei der SPD – Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Wir haben ihn doch gestern Morgen gehört!)

Lieber Herr Heiderich, nehmen Sie sich doch noch einmal die vielen vernünftigen Dinge vor, die der Kanzler gestern gesagt. Er hat nämlich gesagt, es sei überhaupt nicht einzusehen, warum der Steuerzahler anstelle von Produzenten die Haftung übernehmen solle.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: Wer hat das denn gefordert? – Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Sie hören uns doch gar nicht zu!)

Ich sage Ihnen: Selbstverständlich ist die Haftung den Produzenten aufzuerlegen.

Einer der Punkte, die Sie offensichtlich nicht zur Kenntnis nehmen wollen, ist auch folgender: Der Agrarausschuss des Deutschen Bundestages hat, auf Anregung der Kollegen aus den Koalitionsfraktionen beschlossen, den Landwirten anzuraten, sich von den Produzenten – wie gesagt, 90 Prozent der Produkte kommen von Monsanto; damit wir hier auch einmal sagen, für wen bestimmte Leute eintreten –

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Keine Beleidigung hier! – Helmut Heiderich [CDU/CSU]: Weil Sie die deutschen Forscher platt machen!)

von der Haftung freistellen zu lassen. Geschehen kann dies auf zwei unterschiedliche Weisen, zum Beispiel in Form von Einzelfreistellungen. Selbstverständlich – Frau Flachsbarth, das als Antwort auf das, was Sie gesagt haben – kann Monsanto aber, vielleicht zusammen mit den vier oder fünf anderen Produzenten, einen Haftungsfonds gründen. Aber das soll nicht der Steuerzahler bezahlen müssen. Das geht nicht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: Darüber müssen wir noch einmal sprechen! Wir haben nie gesagt, dass das der Steuerzahler allein bezahlen soll!)

Der von Herrn Heiderich aufgegriffene Vorschlag, auch noch jene Landwirte an der Haftung beteiligen zu wollen, die gar nicht die Absicht haben, mit gentechnisch veränderten Pflanzen zu arbeiten, lässt sich ebenfalls nicht umsetzen.

(Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: Das ist Unfug! Wir haben zwei konkrete Beispiele genannt!)

Wo sind wir denn eigentlich?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Das zuzulassen, nur damit Sie entsprechende Interessen vertreten können, geht nicht.

Lassen Sie mich dazu noch eines sagen:

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Muss nicht sein!)

Sie können nicht erstens behaupten: „Es gibt kein Risiko“,

(Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: Das tun wir auch nicht!)

und dann zweitens sagen: „Wir möchten das Risiko in Form eines Fonds auf den Steuerzahler abwälzen“.

(Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: Das tun wir auch nicht! Sie müssen uns schon zuhören!)

Sie müssen sich schon irgendwann entscheiden. Wenn Sie das nämlich nicht tun, geht es bei Ihnen bald zu wie beim Amtsrichter Dodl, der zwei streitende Parteien vor sich hatte. Als die eine Seite zu ihm sagte, das und das sei der Fall, sagte der Amtsrichter: Sie haben Recht. Dann kam die andere Seite und hat das Gegenteil behauptet. Der Amtsrichter hat wieder gesagt: Sie haben Recht. Daraufhin kam ein empörter Dritter und erklärte: Sie können doch nicht dem einen und dem anderen, wenn beide etwas Gegensätzliches sagen, Recht geben. Dem hat er dann geantwortet: Da haben Sie wieder Recht.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Bei Ihnen weiß man nie so Recht, was Sie eigentlich meinen. Ich glaube, es wäre vernünftig, wir würden uns jetzt auf die vor uns liegenden Aufgaben einigen. Das würde uns dann wirklich weiterbringen.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Kollegin Däubler-Gmelin, ich möchte an die Zeit erinnern.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Die Zeit ist abgelaufen! Das sozialdemokratische Zeitalter geht in Deutschland zu Ende! – Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Herta Däubler-Gmelin (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. Ich habe schon darauf gewartet, dass Sie mich ermahnen. Danke schön.

Wir sollten erstens sehen, dass die Versicherung für die Forschungslandschaft tatsächlich läuft. Zweitens sollten wir die Kennzeichnungslücke schließen, und zwar gemeinsam.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Ihre Zeit ist trotzdem abgelaufen! Aber wir fangen jetzt erst an!)

Drittens sollten Sie aufhören, den Landwirten und Verbrauchern vorschreiben zu wollen, dass sie gentechnisch veränderte Produkte essen sollen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Georg Schirmbeck [CDU/ CSU], zur SPD und zum BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gewandt: Aufstehen! Aufstehen!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den von den Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen eingebrachten Gesetzentwurf zur Neuordnung des Gentechnikrechts, Drucksache 15/4834. Der Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Druck-sache 15/5133, den Gesetzentwurf in der Ausschussfassung anzunehmen. Hierzu liegen vier Änderungsanträge der Fraktion der FDP vor, über die wir zuerst abstimmen.

Wer stimmt für den Änderungsantrag auf Druck-sache 15/5136? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Zustimmung der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP abgelehnt.

14.15-14.25.doc

Wer stimmt für den Änderungsantrag auf Druck-sache 15/5137? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mit dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt.

Wer stimmt für den Änderungsantrag auf Druck-sache 15/5138? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist, mit dem gleichen Stimmenverhältnis wie zuvor abgelehnt.

Wer stimmt für den Änderungsantrag auf Druck-sache 15/5139? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist wieder mit dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt.

Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist in zweiter Beratung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

Dritte Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist mit dem gleichen Stimmenverhältnis angenommen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft auf Drucksache 15/5134 zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU mit dem Titel „Gentechnikgesetz wettbewerbsfähig vervollständigen“. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 15/4828 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU/CSU- und FDP-Fraktion angenommen.